

## Dialogue on Terror

### Vorbemerkung zum Inhalt der aktuellen Ausgabe

Von Prof. Dr. **Martin Heger**, Berlin

In dieser Ausgabe der ZIS finden sich die Beiträge, die in aktualisierter Form die Vorträge wiedergeben, die auf dem „KOSMOS Dialogue on Terror“ am 22. Januar 2015 – wenige Tage nach den wieder ganz Europa erschütternden Terroranschlägen von Paris auf die Satirezeitschrift Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt – an der Humboldt-Universität zu Berlin gehalten worden sind. Damals wirkte neben den drei *Autoren* der veröffentlichten Beiträge – *Manuel Cancio Meliá* (Madrid), *Clive Walker* (Leeds) und *Anneke Petzsche* (HU Berlin) – auch *Florian Jeßberger* (Hamburg) mit, der dann freilich mit Blick auf die vorliegende Publikationsfassung aus Zeitgründen für die deutsche Perspektive *Anneke Petzsche* den Vortritt gelassen hat. Bei den ersten Planungen für diese dialogartige Vortragsveranstaltung im März 2014 stand uns Veranstaltern ganz das traurige zehnjährige Jubiläum der Terroranschläge in Madrid am 11. März 2004 vor Augen. Immerhin handelte es sich dabei um den ersten größeren islamistisch motivierten Anschlag auf einen Mitgliedstaat der Europäischen Union. Der zweite sollte nur gut ein Jahr später, am 7. Juli 2005, folgen. Damit waren Spanien und Großbritannien die beiden EU-Staaten, welche als erste – und nur kurz nach dem Erlass des EU-Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung des Terrorismus – mit dieser neuen Form religiös motivierter terroristischer Gewalttaten konfrontiert waren. Die Reaktion von Gesetzgeber und Justiz auf diese konkretisierte Herausforderung in beiden Ländern ist daher auch für Deutschland und für alle anderen EU-Mitgliedstaaten, die noch nicht von solchen Terroranschlägen heimgesucht worden sind, von großem Interesse. Daher sollte in der genannten Diskussionsveranstaltung ungefähr in der Mitte zwischen beiden Decenarien ein trinationaler Dialog über die bis heute fortwirkenden Folgen der Anschläge wie der daraus resultierenden Herausforderungen für Rechtsstaaten in der Europäischen Union unternommen werden. Und darauf bezog sich dann auch der Untertitel der Veranstaltung: „11/3 and 7/7 ten years on“. Dass diese Fragen – wie erwähnt – mit Blick auf einen anderen EU-Staat (Frankreich) unmittelbar vor Beginn der Veranstaltung ungeahnte Aktualität gewonnen haben, zeigte letztlich nur auf, dass trotz der Erfahrungen mit den bisherigen Terrorakten, einer Verschärfung der Rechtslage in allen EU-Staaten und einer Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung weder die Gefahren noch die mit ihrer Bekämpfung verbundenen rechtsstaatlichen Herausforderungen kleiner geworden sind.

Das zeigt sich deutlich, wenn man bedenkt, dass zur Zeit des KOSMOS Dialogues gerade in Spanien an einer massiven Verschärfung der ohnehin gegenüber Terrorismus nicht eben laxen Gesetzgebung gearbeitet worden ist und auch in Deutschland eine – inzwischen in Kraft getretene – Erweiterung der erst 2009 mit dem Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Straftaten (GVVG) eingeführten Vorbereitungsakte auf der kriminalpolitischen Agenda gestanden hat. Daher konnten die im Januar gehaltenen Vorträge nicht ohne inhaltliche Anpassung veröf-

fentlicht werden. Sie geben zwar noch die gleichen rechtspolitischen Grundaussagen wieder, doch sind sie jeweils an die veränderte Rechtslage angepasst worden. *Anneke Petzsche*, die das Konzept der Veranstaltung maßgebend mitgestaltet hat, und ich möchten schließlich noch an dieser Stelle einen Dank anbringen zunächst allen damals wie auch bei der Veröffentlichung mitwirkenden Vortragenden, sodann für die Korrektur der Manuskripte *Veronika Widmann* (Berlin/Dublin) und – last but not least – der ZIS, die eine zeitnahe Veröffentlichung der Vorträge und damit eine Fortführung der im Januar angestoßenen Diskussionen in einer breiten Fachöffentlichkeit möglich macht.

P.S.: Während ich diese Seite Korrektur lese, erschüttern wieder Terroranschläge ganz Europa. Wieder – wie vor unserer hier dokumentierten – KOSMOS-Tagung im Januar ist Paris der Schauplatz massiver terroristischer Angriffe mit einer dreistelligen Zahl von Todesopfern geworden. Hintermänner werden u.a. in Belgien vermutet. Diese Terroranschläge machen noch einmal deutlich, dass EU-weit die Bekämpfung des Terrorismus unvermindert sehr hohe Bedeutung haben muss. Zugleich zeigt sich, dass auch die gesetzgeberischen Reaktionen in Frankreich im Sommer 2015 in Reaktion auf die vorausgegangenen Terrorakte keine wirkliche Garantie gegen neue terroristische Handlungen geben konnten. Umso wichtiger ist es m.E., dass sich die Rechtswissenschaft weiterhin intensiv mit diesem Thema befasst, um zu vermeiden, dass verständliche Furcht vor weiteren Anschlägen auch in anderen EU-Staaten zu rechtsstaatlich problematischen Überreaktionen der Gesetzgeber führt. Nicht zuletzt deshalb habe ich mich in Absprache mit *Thomas Rotsch* dazu entschlossen, die Beiträge wie geplant zum jetzigen Zeitpunkt in der ZIS zu veröffentlichen.